Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

131 (19.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen **ohne Zustellungsgebühr** Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 131 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Dienstag, 19. März 1918** — **77. Jahrgang.** — **Mittagsblatt.**

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 18. März. abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Vorstoß badischer Truppen bei Beaumont.

WTB. Berlin, 18. März. Die Beute des Vorstoßes badischer Truppen bei Beaumont, wie bereits gestern gemeldet wurde, hat sich um einige Maschinengewehre, 11 Schnelladekanonen und zahlreiches Fernsprech- und Gasschutzgerät erhöht. Außerdem wurden sämtliche Akten des Bataillonsstabes mit wichtigem Inhalt erbeutet.

Hindenburgs Siegeszuversicht.

)(Berlin, 19. März. Generalfeldmarschall v. Hindenburg sagt in einem Danktelegramm an den Provinziallandtag der Provinz Posen den Berliner Morgenblättern zufolge: So Gott will werden wir auch im Westen den Feinden niederringen und die Bahn zum allgemeinen Frieden freimachen.

Feindliche Flieger-Angriffe.

WTB. Karlsruhe, 18. März Gestern mittag wurde die offene Stadt Kaiserslautern von feindlichen Fliegern angegriffen. Durch die abgeworfenen Bomben wurde ziemlicher Häuserschaden verursacht. Leider wurden auch drei Männer und drei Frauen getötet und mehrere Personen verletzt. Von den Verunglückten befanden sich zur Zeit des Angriffs nur drei in Gebäuden, hatten aber nicht den Anweisungen entsprechend Schutz hinter Mauerpfeilern gesucht. Die übrigen waren auf der Straße verblieben. Das bedauerliche Unglück hätte vermieden werden können, wenn die Betreffenden dem rechtzeitig gegebenen Alarm Folge geleistet hätten.

* * *

WTB. Karlsruhe, 18. März. Heute mittag wurde Ludwigshafen-Mannheim von feindlichen Fliegern angegriffen. Die abgeworfenen Bomben, welche mit vier Ausnahmen auf linksrheinische Seite fielen, richteten keinen bedeutenden Schaden an. Leider wurden jedoch 1 Frau, 1 Kind und 2 Männer getötet, sowie weitere 10 Personen verletzt. Mit Ausnahme von drei der letzteren hatten sämtliche Verunglückte trotz des rechtzeitig gegebenen Signals nicht Schutz in den Gebäuden gesucht, sondern waren im Freien verblieben.

Die Ministerkonferenz der Alliierten.

WTB. Paris, 18. März (Meldung der Agence Havas.) „Echo de Paris" meldet: Auf der Reise nach England war Ministerpräsident Clemenceau begleitet von Pichon und den Generalen Fech und Nygand als Vertreter Frankreichs. Ferner von den italienischen Ministern Orlando, Bisolatti und Bianchi als Vertreter Italiens sowie General Bliß als Vertreter der Vereinigten Staaten. Die Minister Loucheur, Leygues. und Clavelle waren ebenfalls in London. Von Donnerstag bis zum Freitag fanden wichtige Besprechungen unter dem Vorsitz des englischen Premierministers Lloyd George statt. Bei seiner Rückkehr nach Paris sagte Clemenceau er habe eine gute Reise gehabt, das Einvernehmen sei vollkommen.

Der Reichskanzler über den russischen Friedensvertrag.

Sitzungsbericht.

Berlin, 18. März.

Am Tisch des Bundesrats: Reichskanzler Graf Hertling, v. Payer, Wallraf, Solf.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr.

Das Notgesetz.

Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung der vorläufigen Regelung des Reichshaushalts. Diese vorläufige Regelung ist notwendig, da keine Aussicht besteht, den Reichshaushaltsplan noch vor Ostern zu verabschieden. Durch das Gesetz wird der Bundesrat ermächtigt, die laufenden Ausgaben weiter zu leisten.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Wir haben kein Vertrauen zu der Regierung, die den Gewaltfrieden mit Rußland geschlossen hat und die Revolution in der Ukraine und in Finnland niederäbelt. Wir lehnen das Gesetz daher ab.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Bisher war es Brauch, solche Notgesetze ohne weiteres zu bewilligen. Es liegt kein Anlaß vor, von dieser Gewohnheit abzuweichen. Wir sehen in der Zustimmung zu diesem Gesetz keine Vertrauenskundgebung für die Regierung. Wir wünschen nicht, daß jeder Beamte am 1. April die Regierung verklagt, weil sie das Gehalt nicht zahlen kann, wenn wir das Gesetz nicht bewilligen. Wir sehen keinen Anlaß, bei dieser Gelegenheit eine politische Aussprache vom Zaun zu brechen.

Das Gesetz geht an den Hauptausschuß.

Der Friedensvertrag mit Rußland.

Auf der Tagesordnung steht sodann die erste Beratung des am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichneten Friedensvertrages mit Rußland. In der Aussprache wird die Beratung des deutsch-finnischen Friedensvertrages und der wirtschaftlichen Verträge mit Finnland verbunden. Reichskanzler Graf Hertling leitet die Beratung ein.

Reichskanzler Graf Hertling:

Meine Herren! Im November vorigen Jahres konnte ich in einer Sitzung des Hauptausschusses des Hauses die Mitteilung machen, daß die russische Regierung an sämtliche kriegführenden Mächte das Ersuchen hatte gelangen lassen, Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes und eines allgemeinen Friedens aufzunehmen. Wir und unsere Verbündeten sind auf den Vorschlag eingegangen und haben Delegierte nach Brest-Litowsk abgesandt, die bis dahin mit Rußland verbündeten Mächte sind dem Vorschlag nicht gefolgt. Der Gang der Verhandlungen ist den Herren bekannt. Sie alle erinnern sich der endlosen Reden, die nicht so sehr für die Teilnehmer als für die weiteste Oeffentlichkeit bestimmt zu sein schienen. Sie erinnern sich der Unterbrechung der Verhandlungen, des endlichen Abbruches und der schließlichen Wiederaufnahme der Verhandlungen. Man war an den Punkt gelangt, wo ein Entweder-Oder ausgesprochen werden mußte. Am 3. März wurde in Brest-Litowsk der Friede unterzeichnet.

Am 16. März ist in Moskau von der zuständigen Regierung der Frieden ratifiziert worden.

Ich habe nicht die Absicht, mich mit der Beurteilung auseinanderzusetzen, die der Friedensvertrag mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Sehr richtig!), wo die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (Lebhaftes Sehr richtig!), wo man in demselben Augenblick, wo man sich anschickt, die drückende Hand auf einen neutralen Staat zu legen, sagt, daß die selbst verfolgte Politik volle Selbstlosigkeit sei, da

scheitert jeder Versuch verständiger Auseinandersetzung

und sachlicher Widerlegung. (Sehr richtig!), und wenn eine Depesche aus Washington dem in Moskau verhandelnden Kongreß die Sympathie der Vereinigten Staaten in dem Moment glaubte aussprechen zu sollen, wo, wie es dort heißt, die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf um die Freiheit um seinen Erfolg zu bringen, (Gelächter. Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Finnland! Rufe rechts: Ruhe! Sind das Deutsche? Rufe bei den Unabh. Soz.: Ja, Deutsche! Mecklenburg! Pfui-Rufe: Rechts. Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte den Abg. Haase, solche Zwischenrufe zu unterlassen, die aufreizend wirken müssen.) So lege ich das zu allem anderen. Deutschland liegt es fern, sich in die berechtigten Bestrebungen des vom Zarismus befreiten Rußland einzumischen. Wir wünschen, wie ich das bereits am 29. November gesagt habe, nichts mehr, als daß dem schwergeprüften Lande recht bald wieder geordnete staatliche Verhältnisse gegeben sein möchten und wir beklagen das schmerzlich, daß das noch in weiter Ferne gerückt zu sein scheint, und daß wiederum entsetzliche Zustände dort eingerissen sind.

Ich wende mich nun zu dem Ihnen vorgelegten Vertrag. Wie Sie auf den ersten Blick gesehen haben, enthält

der Vertrag keinerlei entehrende Bedingungen für Rußland,

keine bedrückenden Kontributionen, keine gewaltsame Angliederung russischen Gebiets. Wenn die Randstaaten aus der russischen Staatsoberhoheit ausscheiden, so entspricht dies dem von Rußland anerkannten Willen dieser Staaten. Diesem Willen gegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, den ich zum Ausdruck gebracht habe. Wir hoffen und wünschen, daß diese Völker unter dem Schutze des mächtigen Deutschlands sich selbst diejenige Gestalt geben mögen, die ihrer kulturellen Entwicklung, ihrer Sinnesart und ihren Verhältnissen entspricht. Am meisten ist

die Entwicklung Kurlands

vorgeschritten. Wie bekannt, war vor einigen Tagen eine Delegation eingetroffen, die der kurländische Landesrat als anerkannte Vertretung Kurlands hierher entsandte, und hat die Bestrebungen des unabhängigen Kurlands auf Loslösung von dem bisherigen Verhältnis zu Rußland zum Ausdruck gebracht und den Wunsch kundgegeben, in enge wirtschaftliche, militärische und politische Beziehungen zu dem Deutschen Reiche zu treten. In der Antwort, die ich im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers, dem völkerrechtlichen Vertreter des Deutschen Reiches, gegeben habe, konnte ich mit Freude die Anerkennung Kurlands als unabhängiges Land aussprechen und es hierzu beglückwünschen. Die endgültige Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland mußte aber vorbehalten

---

Für die, die kämpfend, blutend ringen,
den deutschen Frieden zu erzwingen,
gilt es die höchste Schwerterweihe:
Geht hin und zeichnet Kriegsanleihe!

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(60) (Nachdruck verboten.)

„Ich bin nur ein schwaches Weib — ich kann nicht kämpfen für mein Vaterland — ich kann ihm aber Opfer bringen, so groß und schwer sie auch sind.."

„Nein, Lizzi, nein! Du gehörst mir! Ich lasse dich nicht." Tränen funkelten in seinen Augen. „Oder — du hast mich nicht geliebt."

Da lächelte sie ein herzzerreißendes Lächeln.

„Ach, Patrick! Gehe doch — mache es mir nicht so schwer."

„Lizzi der Krieg wird ja nicht ewig dauern." Ein neuer Hoffnungsstrahl erfüllte ihn, sie doch noch anderen Sinnes machen zu können: er konnte nicht auf sie verzichten, dazu liebte er sie zu sehr. „Ich will geduldig warten auf dich, bis alles vorbei ist."

„Dann niemals, Patrick, wenn erst das grenzenlose Elend zutage tritt, das durch dein Land über das unsrige, über die ganze Welt gekommen ist," entgegnete sie mit bestimmten Ton.

„Elisabeth, Großbritannien ist stets großmütig gegen die Besiegten gewesen."

Sie sah ihn an, ungläubig, verständnislos. „Was sagst du da?" Dann richtete sie sich stolz auf. „Ah, das denkst du, daß wir in diesem Kampfe mit euch unterliegen? Niemals wird das der Fall sein."

„Lizzi, ist das anders zu erwarten?"

„Eurer Meinung nach allerdings nicht! Sich nach allen Seiten hin verteidigen zu müssen — nein, die Chancen sind eigentlich zu ungleich, da müssen wir notwendigerweise unterliegen!" Sie lachte kurz auf. „Ach, Patrick, ein wenig müßtest du doch mein Volk kennen! Du hast doch diese unvergeßlichen Tage miterlebt! Und ich sage dir, Patrick, daß wir unüberwindlich sind! Wir werden aller unserer Feinde Herr, so sicher ich hier vor dir stehe!"

Ihre schönen, blauen Augen glänzten in Begeisterung.

„Aus ganzem Herzen wünsche ich es, Elisabeth." Er griff wieder nach ihrer Hand. „Was ist mir die Welt ohne dich! Nimm mir doch nicht jede Hoffnung! Alles geht vorüber — alles wird vergessen."

„Aber nicht das, Patrick, was ihr Engländer uns angetan habt! Dann wären wir ja charakterlos! Und je mehr ich darüber nachdenke, desto größer wird mein Groll! Wir Deutsche haben euch Engländern nichts getan, haben eure Freundschaft aus ehrlichem Herzen gesucht! Nein, es gibt keine Brücke mehr über den Kanal nach diesem! Und niemals kann ich die Frau eines Engländers werden! Gehe, Patrick, und mache auch keinen Versuch der Annäherung wieder. Mein Entschluß ist unerschütterlich! Ich bin es meinem Bruder schuldig! — Glaubst du, ich leide nicht?" setzte sie leise hinzu. „Alles Gute für dich, Patrick!"

Er war längst schon gegangen, und noch immer saß sie in der Laube, hörte das Rufen der Mutter nicht. Sie litt sehr unter der Trennung von dem Verlobten, dem ihr erstes tiefes Gefühl gegolten, und dennoch hatte ihr diese Stunde gezeigt, wie ihre Ansichten so ganz verschieden voneinander waren — wie verständnislos er demgegenüber stand, was ihr die Brust zum Zerspringen erfüllte! Er war eben doch ein echter Sohn seines Volkes, rücksichtslos und nur an seine eigenen Interessen denkend!

Sie mußte über diesen großen Schmerz hinwegkommen, durfte sich nicht hineingrübeln — was war ihr Leid gegen das des ganzen Volkes! — Und in der Arbeit würde sie Ablenkung, Heilung finden! Es würde bald genug zu tun geben! Wie war das Leben jetzt doch schwer! —

Patrick Cargill ging nach der Fabrik, um von dort telephonisch seinen Chauffeur, den er, wie immer, nach der Stadt zurückgeschickt, wieder zu rufen.

Man wunderte sich über sein Kommen, er sah es dem Herren im Kontor deutlich an, die ihm höflich, aber sehr zurückhaltend auf seinen Gruß dankten — und verschiedene darunter fehlten; die waren sicher schon bei ihren Regimentern!

Er begrüßte auch den Geheimrat, der sehr beschäftigt war und dessen starkes, tatkräftiges Wesen wie von einer großen, inneren Freudigkeit durchstrahlt war.

„Meines Sohnes Arbeit liegt mir mit auf! Er steckt schon im bunten Rock! Ich hab ihn gestern besucht; ich erkannte ihn anfangs garnicht" — der Geheimrat lachte ein wenig, „aber er ist voller Begeisterung, die ihm über manches Ungewohnte, nicht Gedachte hinweghilft."

„Das hat er doch wahrhaftig nicht nötig gehabt, Herr Geheimrat, ich verstehe das alles nicht!" bemerkte Cargill. Des Geheimrates wohlwollendes Gesicht nahm einen harten, hochmütigen Ausdruck an.

„Sie werden noch manches nicht verstehen, Herr Cargill! Wer spricht hier von nicht nötig haben! Noch ganz andere Leute als mein Sohn sind aus begeisterter Vaterlandsliebe ins Heer als Kriegsfreiwilliger getreten! Ein jeder ist verpflichtet, seine ganze Kraft dem Vaterlande zu opfern — mit Außerachtlassung seiner ganzen Persönlichkeit."

Cargill schwieg einen Augenblick; dann sagte er traurig: „Ich habe soeben auch etwas sehr schmerzliches erfahren müssen: meine Braut hat die Verlobung gelöst — weil ich ein Engländer bin und sie als Deutsche jetzt ein Unrecht gegen ihr Volk darin sieht, mich zu heiraten."

Der Geheimrat war doch überrascht und gerührt. Er mußte Elisabeth Kühne bewundern, die unbedenklich den Geliebten und ein wahrhaft glänzendes Leben aufgab aus einer heiligen Vaterlandsliebe heraus!

„Da haben Sie den Beweis von dem, was ich sagte, Herr Cargill! Ich verstehe Elisabeth Kühne und schätze sie darum noch höher, als ich es bisher getan — und so wie sie denkt, denken mit verschwindenden Ausnahmen alle unsere Frauen und Töchter! — Der Geist unseres Volkes ist bewundernswert in dieser Zeit! Da sehen Sie in meine Fabrik; ich habe kaum noch die Hälfte Arbeiter — die andere Hälfte ist bei den Fahnen, und zum größeren Teil freiwillig und gerade unter diesen Leuten, deren sozialdemokratische Gesinnung mir wohlbekannt war — — alles aber vor dem Gedanken an das bedrohte Vaterland wie Spreu im Winde verweht! Mein Sohn steht sogar mit einigen von ihnen in Reih und Glied als Kriegsfreiwilliger! Der Rock des Königs macht alle gleich! — Sie haben doch auch gesehen, wie die beiden Regimenter in der Stadt ins Feld gezogen sind? — Hat das nicht einen unvergeßlichen Eindruck auf Sie gemacht? Vielleicht berichten Sie das einmal in ihre Heimat hinüber, was es heißt: Deutschland angreifen! Und hat Ihnen die Tatsache, daß Lüttich so schnell gefallen ist, nicht zu denken gegeben? Wie werden drüben Ihre Landsleute aufgehorcht haben! Ein guter, versprechender Anfang — —"

(Fortsetzung folgt.)

werden, bis die dortigen Verhältnisse sich weiter konsolidiert und sämtliche zuständigen Faktoren gesprochen haben werden.

Was

Litauen

anbetrifft, so hat schon im Vorjahre der dortige Landesrat einen Beschluß gefaßt, der gleichfalls enge militärische, wirtschaftliche und politische Angliederung an das Deutsche Reich anstrebt. Ich erwarte in allernächster Zeit das Erscheinen einer litauischen Delegation, die uns diesen Beschluß im Auftrage des Landesrats neuerdings zur Kenntnis bringen wird, worauf die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen Staatswesens erfolgen kann. Des weiteren muß dann abgewartet werden, wie sich die dortigen Verhältnisse entwickeln. Anders liegen

die Dinge in Esthland und Livland.

Wie die Herren wissen, befinden sich diese Länder östlich der im Friedensvertrag vereinbarten Linie, aber nach Artikel 6 des Friedensvertrages bleiben sie solange von deutscher Polizeimacht besetzt, bis sichere staatliche Einrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung wiederhergestellt ist. Auch diesen Ländern gegenüber wünschen wir ein nachbarliches freundschaftliches Verhältnis zu schaffen, aber ohne daß auch ein freundschaftliche Verhältnis zu Rußland ausgeschlossen wäre.

Und noch ein kurzes Wort über

Polen,

das im Friedensvertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist. Durch die Proklamation der beiden Kaiser im November 1916 ist diesem Lande die Selbständigkeit zurückgegeben worden. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß auch die Verhandlungen über die weitere Gestaltung des neuen Staatswesens nur durch gemeinsame Verhandlungen einerseits zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, andererseits mit Polen zu Ende geführt werden können. Inzwischen sind ja auch Anregungen aus politischen Kreisen Polens an die Regierung und auch an Mitglieder dieses Hauses gelangt, Anregungen für die Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zu uns. Wir werden sie gerne gemeinsam prüfen und uns, soweit sich diese Anregungen mit den Zielen decken, welche die beiden verbündeten Mächte verfolgen, dem Ziele, in dem neu geschaffenen Polen einen freundschaftlichen und friedlichen Nachbarn für alle Zukunft herzustellen. Alles weitere wird der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Exz. von dem Bussche, mitteilen.

Ich möchte meinerseits zum Schlusse sagen: Wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Verträgen Ihre Genehmigung geben, wenn dann, wie ich hoffe, bald auch

der Friede mit Rumänien

zum Abschluß bereit sein wird, dann ist das Tatsache geworden, was ich am 24. Februar als in Aussicht stehend verkünden durfte, dann ist der Frieden an unserer ganzen Ostfront hergestellt. (Bravo). Aber, meine Herren, wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben. Der Weltfriede ist das nicht. Noch sind die Staaten der Entente nicht gesonnen, von dem furchtbaren Kriege abzustehen, noch wollen sie den Kampf bis aufs äußerste, bis zu unserer Vernichtung fortsetzen. Wir werden darum den Mut nicht verlieren! (Bravo.)

Wir sind auf alles gefaßt!

Wir sind bereit, noch schwerere Opfer zu bringen. (Bravo.) Der Gott, der uns bisher geholfen hat, wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine herrlichen Führer, seine heldenmütigen Kämpfer. Wir vertrauen auf unser tapferes, standhaftes Volk. Die Verantwortung, das wiederhole ich, für all das blutige Ringen wird nun auf die Häupter derjenigen fallen, die in frivoler Verstocktheit der Stimme des Friedens nicht Gehör gaben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. Erneuter Beifall.)

Unterstaatssekretär v. d. Bussche-Haddenhausen

geht auf die Verhandlungen, die dem Friedensschluß vorausgingen, ein und bemerkte: Bei den Verhandlungen mit Rußland zeigte es sich, daß Trotzki den Friedensschluß nicht wollte, sondern die Absicht hatte, Deutschland aufzuwühlen und zur Revolution zu treiben. Nachdem es nicht möglich war, auf diesem Wege zum Frieden zu kommen, war es nicht verwunderlich, daß schärfere Töne angeschlagen werden mußten. Die Folge war das militärische Vorgehen in Nordrußland. Der Vertrag mit Finnland enthält keine besonderen, entscheidenden Momente.

Abg. Fehrenbach (Ztr.):

Den Ausführungen des Reichskanzlers schließen wir uns vollinhaltlich an. Ich beantrage, die beiden Verträge an den Haushaltsausschuß zu verweisen. Wenn die deutschen Truppen in Finnland für Ordnung sorgen, so ist das kein Einfall. Es handelt sich nicht darum, ob die Sozialdemokratie oder die Bürgerlichen dort herrschen, sondern nur um die Ausschreitungen bolschewistischer Banden gegen den Aufbau eines geordneten Statswesens zu verhindern. Das liegt auch im Interesse Schwedens. Wir wären sehr damit einverstanden gewesen, wenn Schweden die Ruhe in Finnland wieder hergestellt hätte. Kurland ist nur zum kleinsten Teil, 10 Prozent der Bevölkerung, von Deutschen bewohnt. Aus den Erklärungen der Deputation ist zu ersehen, daß wir mit der getroffenen Erledigung vorläufig zufrieden sein können. Wenn das evangelische Kurland einen evangelischen Fürsten bekommt, muß das katholische Litauen ein katholisches Oberhaupt erhalten. Die Lösung der polnischen Frage verursacht anscheinend die meisten Schmerzen. Polen muß unter Abschluß eines Bündnisses mit dem Deutschen Reich die Integrität des Deutschen Reiches anerkennen. Damit wäre der großpolnischen Agitation in Zukunft der Boden entzogen. Die Cholmer Frage wird hoffentlich zur Zufriedenheit der Polen geregelt werden. Wir lehnen gewaltsame Annexionen ab, die nicht zu einem vertraulichen Verhältnis zu den Ostnachbarn führen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Unser Hauptziel, die innere Auflösung der Koalition, dieses eigentliche Friedensziel, ist durch diesen Frieden mit Rußland nicht erreicht, ja ich fürchte, erschwert worden. Der Reichsregierung steht eine starke Gegenpartei gegenüber, die für Annexion und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt. Auch in der Militärverwaltung Ober-Ost sitzen Anhänger dieser Gegenpartei. Es fragt sich nun, ob die politische Macht der Reichsleitung stärker ist, als diese Richtung. Der Wille des kurländischen Landesrates ist nicht identisch mit dem Willen des dortigen Volkes. Irrig ist auch die Behauptung, der Eingriff in Finnland ist keine Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Roten Gardisten sind die Truppen der sozialistischen Truppen Finnlands und nicht russische Banden. Mit der Politik der Militärpartei gewinnt man keine Herzen. Der Reichstag und das deutsche Volk müssen endgültig dagegen Stellung nehmen. Ein dauernder Friede wird durch diese Politik nicht erreicht.

Abg. Dr. Naumann (F. Vp.):

Wir freuen uns, daß es dem deutschen Volke gelungen ist, den Anfang des Friedenswerkes herbeizuführen. Die urkonservative Macht des Zarismus ist in diesem Kampf zusammengebrochen. Der Zusammenbruch Rußland bringt für das ganze Hinterland bis nach Japan andere Bedingungen. Japan ist daher dabei, seine äußere Politik danach einzurichten. Da dürfen wir nicht zurückbleiben. Das ist nicht das, was als Annexionen bezeichnet zu werden pflegt. Es ist fraglich, ob jetzt im russischen Volk gegen uns als die früheren offenen Feinde ein stärkerer Haß besteht, als gegen den, der als Rußlands Freund galt, sich aber zuletzt als untreu erwies. Wir müssen die Form finden, die uns eine Verständigung mit Finnland bringt. Wir wollen mit dem ganzen Land Frieden und ein Bündnis, nicht bloß mit einer zufälligen Regierung. Den Anschluß der Ostseeprovinzen begrüßen wir. In Kurland hätte man erst den Unterbau schaffen sollen, eine Volksvertretung, Verfassung, ein Ministerium, Bündnispflicht und dann die Spitze, den Monarchen. Dort hat man es umgekehrt gemacht. Der Uebergang von der Okkupation zum Bündnis ist das Zurücktreten der Militärverwaltung. Was wir jetzt brauchen, ist der Wille zur Verständigung. Das trifft auch für Litauen und Polen zu. Unser Volk ist einmütig entschlossen zur Verteidigung im Westen, wenn dort der Wille zur Verständigung fehlt.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Vorher Anfragen, außerdem Nachtragsetat, Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Schluß 7¼ Uhr.

Die Ratifizierung des russischen Friedensvertrages.

WTB. Berlin, 18. März. (Amtlich.) Der russische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten hat an die auswärtigen Aemter in Wien und Berlin folgenden Funkspruch gerichtet:

Am 16. März 1918 hat der außerordentliche allrussische Kongreß der Sowjets-, der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März ds. Js. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes geschlossen hatte, ratifiziert.

WTB. Moskau, 16. März. (Reuter.) Der vom Kongreß der Sowjets gefaßte Beschluß über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland billigte die Haltung des Rates der Volkskommissare bei der Unterzeichnung des schmerzlichen, Rußland durch ein Ultimatum und durch Gewalt aufgezwungenen Friedens, und erklärte als Pflicht der Arbeiterkommissare, eine Miliz zur Verteidigung des Landes gegen imperialistische Angriffe zu errichten, zu welchem alle Personen beiderlei Geschlechts eine militärische Ausbildung erhalten sollen.

)(**Berlin, 19. März. Der „Berl. L.-A." meldet aus Basel: Dem „Exchange Telegraph" werde aus Moskau berichtet: Am Samstag Abend haben die revolutionären Sozialisten der Linken, die der Regierung angehören, demissioniert. Sie haben dabei die Erklärung abgegeben, sie würden die Waffen nicht niederlegen, trotz der Ratifizierung des Friedensvertrages, und sie würden mit einer unabhängigen Armee den Widerstand organisieren.**

WTB. Petersburg, 18. März. (Reuter.) Das Preobraschenki-Garde-Regiment ist wegen Verdachtes revolutionärer Bestrebungen von Roten Gardisten entwaffnet und verhaftet worden.

)(**Berlin, 19. März.** Der „Berl. L.-A." berichtet aus Lugano: Der Petersburger Korrespondent des „Corriere de la Sera" telegraphiert aus Tummerfors unter dem 15. März: Seit fünf Tagen liegen die diplomatischen Vertreter Italiens, Frankreichs, Belgiens, Portugals, Serbiens und Griechenlands hier fest, und es ist noch gar nicht abzusehen, wann sie endlich aus ihrer völligen Abgeschlossenheit befreit werden und nach Schweden weiterreisen können. Alle Versuche, auch solche mittels Flugzeugen, mit dem Kommandanten der Weißen Garde, General Mannerheim, in direkte Verbindung zu treten, sind fehlgeschlagen.

WTB. Stockholm, 18. März. Nach einem Telegramm an die hiesige finnische Gesandtschaft aus Wasa hat General Mannerheim die Allgemeinoffensive angesagt, wodurch bisher glänzende Erfolge erzielt worden sind. Das Kirchdorf Heinola wurde genommen, wobei etwa 3000 Rote Gardisten gefangen genommen wurden. Die Bewegung schreitet auf der ganzen Front vorwärts.

Der neue russische Botschafter in Berlin.

* **Petersburg, 18. März.** (Privattelegramm.) (Reuter.) Joffe, der frühere Vorsitzende der Friedensdelegation in Brest-Litowsk, wurde zum Botschafter in Berlin ernannt.

Ein französischer Vorschlag auf Beschränkung des Luftkrieges.

WTB. Bern, 18. März. (Nicht amtlich.) Dem „Petit Parisien" zufolge verlangt der Deputierte Abel Berry von den alliierten Regierungen, sie sollten einen letzten Versuch unternehmen, um den Krieg gegen die Zivilbevölkerung einzustellen. Der Deputierte erklärte: Die Luftangriffe auf Paris und London würden von den Deutschen durchgeführt, da sie neben anderen Gründen eine Depression auf die Bevölkerung in Paris und London und dabei einen Druck auf die dortige Politik auszuüben versuchten. Für die Entente liege eine gleiche Möglichkeit nicht vor, da Berlin sich außerhalb Reichsweite befinde. Berry forderte, daß die französische Regierung durch die Vermittelung der Neutralen Deutschland vorschlagen solle, die gegenseitigen Luftbombardierungen auf eine Zone zu beschränken, die durch weittragende Geschütze noch bestrichen werden könne. Die tiefe Wirkung des Fliegerangriffes auf Paris läßt sich auch im „Figaro" erklären, der früher stets Repressalien befürwortet hatte, jetzt aber verlangt, daß die Repressalien der Alliierten eingestellt werden, sobald die deutsche Regierung sich bereit erkläre, auf den Luftkrieg gegen offene Städte zu verzichten. „Action Francaise" erblickt in dem Luftkrieg gegen das Hinterland den Ersatz für die Blockade gegen die Mittelmächte, die durch den russischen Frieden undurchführbar geworden sei. Eine solche Waffe müsse man umsomehr ergreifen, als die Entente hauptsächlich die deutschen Städte bombardiere, und damit vielleicht eine seperatistische Bewegung innerhalb Deutschland hervorrufen werde.

Die Irennot Englands.

WTB. Bern, 17. März. Lord Salisbury brachte im Oberhause am 12. März eine Resolution ein, in der die Regierung angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Lage Irlands eine Gefahr für das britische Reich und für die erfolgreiche Weiterführung des Krieges sei, ersucht wird, daselbst die Beobachtung der Gesetze zu erzwingen. Salisbury führte aus, daß in Irland die Verbrechen aller Art beständig zu nähmen, insbesondere Unordnung, revolutionäre Ausschreitungen, Viehwegtreiben, widerrechtliches Eindringen in fremden Landbesitz, Wegnahme des Eigentums, Schießen und Bombenwerfen auf Wohnhäuser, Mord, Insultierung der Nationalhymne, Verhöhnung der Soldaten, Anfertigung von Landkarten zwecks Zerstörung von Brücken bei einem Aufruhr, Zuwiderhandeln gegen Befehle der Behörden, Demonstrationen für die irische Republik. Redner betonte, daß die bittere Stimmung gegen England so stark sei, daß sie sich auf Englands Verbündete ausdehne. Unter diesen Umständen genüge die Verhängung des Belagerungszustandes über die Grafschaft County Clare, welche der Seuchenherd sei, keineswegs, denn das Uebel habe sich längst auf andere Plätze verbreitet. Es herrsche in Limmerik, in Tipparry und in Galway vor und werde dort ebenso stark werden, falls die Regierung nicht Energie zeige. Der Zustand der Anarchie werde allgemein und für England ein großer Schaden werden. Nicht nur bedeutenden Truppen würden in England zurückgehalten, sondern das Ansehen Englands leide bei den Alliierten und in der ganzen Welt sei es lediglich der Schwäche der Regierung zuzuschreiben, daß eine ehemalige Minderheit in Irland das Land so beherrsche, daß aufrührerische Reden gegen England zugunsten des Feindes ungestraft durchgehen dürfen. Derselbe Bolschewismus, der Rußland zerstörte, werde Irland bis zu einem gewissen Grade zerstören.

Earl Reath meinte, wenn das britische Reich nicht in Stücke gehen solle, so könne man nicht zulassen, daß Irland eine separate Republik werde. Er wünschte sehnlichst, daß die Konvention einen Ausgleich finde, aber er fürchte, daß keine vom Parlament genehmigte Form der Selbstverwaltung Irland den Frieden bringen werde. Denn wenn die Sinnfeiner nicht die Unabhängigkeit erhielten, würden sie fortfahren, eine beständige Gefahr für die Homerule und jedwede englische Regirung zu sein.

Lord Curzon gab zu, daß die von Salisbury gemachten Angaben im wesentlichen zuträfen, behauptete aber, daß die unlängst eingeleiteten militärischen Maßnahmen weitere Ausschreitungen verhindern würden.

Lansdowne schloß die Debatte mit dem Hinweise, daß die Verhältnisse in Irland während der letzten Wochen tatsächlich eine Rebellion der gefährlichsten, hinterlistigsten Form waren. Die Resolution wurde darauf zurückgezogen.

Die Annahme der Ententebedingungen durch Holland.

WTB. Haag, 18. März. (Nicht amtlich.) **Wie das Niederländische Korrespondenzbüro erfährt, erklärte der Minister Ludon heute in der Zweiten Kammer, daß die niederländische Regierung sich gezwungen sehe, die Forderungen der alliierten Regierungen, die niederländischen Schiffe durch die gefährete Zone fahren zu lassen gegen die Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen schon am 15. April anzunehmen, da Deutschland auf eine dahin gehende Frage erklärt habe, daß es unmöglich innerhalb zweier Monate 100 000 Tonnen Weizen liefern könne. Die Regierung hat aber diese Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: Holland muß auf die Verteilung des niederländischen Schiffsraumes und Versorgung des Landes nach dem im the London basis of agrement gegebenen Maßstabe rechnen können. Bunkerkohlen müssen für die Einfuhr nach den Niederlanden und für die dazu anzuweisenden niederländischen Schiffe gewährt werden. Was die Fahrten der niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone anbelangt, so müssen die alliierten Regierungen dafür sorgen, daß die Schiffe keine Truppen und kein Kriegsmaterial transportieren und nicht bewaffnet werden, daß es den Besatzungen freigestellt wird, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht, und endlich, daß die eventuell vernichteten Schiffe sofort nach dem Kriege durch andere ersetzt werden. Die Regierung kann und darf nicht weiter gehen. Der Minister fügte dieser Mitteilung noch hinzu, daß er, soweit die Antworten der alliierten Regierungen ihn erreichen, auch diese der Kammer mitteilen werden.**

Die Kammer beschloß, in der morgigen Sitzung die Erklärung des Ministers zu besprechen.

* * *

Damit hat die Regierung der Niederlande sich vollkommen unter das Joch der Entente gebeugt. Die wenigen einschränkenden Bedingungen, an die der holländische Außenminister die Auslieferung der Tonnage an die Entente geknüpft hat, spielen gar keine Rolle. Wir Deutsche und wohl auch alle einsichtigen Niederländer wissen heute schon, daß England sich mit kühler Selbstverständlichkeit über diese Dinge hinwegsetzen wird. Wer England nur einmal die Hand gereicht hat, den hat es bald ganz in seinen Klauen, das Beispiel Griechenlands hat dies ja allzudeutlich gezeigt. Um seine Neutralität und seine Unabhängigkeit gegenüber der Entente zu wahren, hätte das niederländische Volk allerdings einige nicht leichte Opfer auf sich nehmen müssen, Opfer, die das deutsche Volk schon seit Jahren mit stolzer Gelassenheit um seiner nationalen Ehre willen trägt. Die holländische Regierung hat den bequemeren Weg vorgezogen, sie hat den wertvolleren Teil ihrer Neutralität an die Ententeregierungen verkauft. Sie hat sich damit aus einer augenblicklich sehr peinlichen Lage gelöst. Ob sie den verhängnisvollen Schritt nicht doch noch eines Tages, wenn erst die englische Erpresserschlinge ganz fest um ihrem Hals liegt, bitter bereuen wird, wird die Zukunft lehren.

Die Anfrage an die deutsche Regierung, ob sie in der Lage sei, innerhalb zwei Monaten 100 000 Tonnen Weizen zu liefern, war selbstverständlich nur eine Farce, da Holland die Antwort von vornherein klar sein mußte. Es weiß so gut wie wir selbst, daß Deutschland nichts abgeben kann, und daß die Getreidelieferungen aus der Ukraine nicht so schnell beschafft werden können. Die holländische Tonnagelieferung kann die britische Frachtraumnot natürlich nur auf einige nicht allzulange Zeit mildern, völlig beheben kann sie sie nicht. Unsere U-Boote werden auch mit diesem Schiffszuwachs fertig werden.

Die Unklarheiten in der Rede Ludons.

WTB. Amsterdam, 18. März. Wie wir aus dem Haag erfahren, sind sich die leitenden Kreise des Parlaments im unklaren darüber, ob der Minister Ludon in seiner Rede die gesamte holländische Tonnage den Alliierten zur Verfügung gestellt hat, oder nur den in Amerika befindlichen Teil. Der Schlußsatz der Rede, in dem Ludon darauf hinweist, daß durch die obige Antwort Holland sich einen Teil seiner Flotte sichere, läßt auf eine nur teilweise Ueberlassung schließen.

Die gesamte Abendpresse, insbesondere der „Nieuwe Courant", geht die Regierung lebhaft an. Savornin Lohmann beantragt den Minister Ludon in der Kammer nachdrücklich zur Rede zu stellen.

Das niederländische Correspondenz-Büro teilt noch mit: Nach der Erklärung des Ministers Ludon schlug der Vorsitzende vor, die Diskussion bis nach dem Empfang der Antwort zu verschieben. Der Abg. Savornin Lohmann wollte nur einen Aufschub bis morgen, da das niederländische Volk anders denkt als die Regierung. Es sei von Wichtigkeit, daß die Alliierten dies erfahren. — Nolone war derselben Meinung. Er protestierte jetzt bereits mit einigen Worten gegen die Handlungsweise der sogenannten Beschützer der kleinen Nationen.

Es wurde beschlossen die Diskussion bis morgen nach der Pause aufzuschieben.

)(**Berlin, 17. März.** Die Erklärung des holländischen Ministers hat, wie eine eigene Meldung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" aus dem Haag besagt, die Mitglieder der zweiten Kammer sichtlich wenig befriedigt.

Der niederländische Gesandte bei Wilson.

WTB. Amsterdam, 18. März. Die „Times" erfahren aus Washington: Präsident Wilson habe dem niederländischen Gesandten, der eine Aenderung des Beschlusses über die Benutzung der niederländischen Schiffe befürwortete, in Audienz empfangen. Präsident Wilson weigerte sich, unter den gegebenen Verhältnissen seine Haltung zu ändern. 460 000 B.-R.-T. holländischen Schiffsraumes sind unmittelbar für den transatlantischen Verkehr verfügbar. Der niederländische Dampfer „Nieuwe Amsterdam" wird trotzdem ausfahren können, da er unter der Bedingung, freie Rückfahrt nach Amerika gekommen ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Landtag.

5. Oeffentliche Sitzung (nachmittags).

In der Nachmittagssitzung berichtete Präsident Dr. Glockner über die Petitionen des Vereins badischer Signal- und Weichenwärter, des Vereins der Rottenführer der Staatseisenbahnen, des Vereins der Lokomotivbeamten, des Bremserpersonals, des Verbandes der Bahn-, Weichen- und Signalwärter, des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens. Die Petitionen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt oder durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt.

Geh. Rat Dr. v. Oechelhäuser berichtete über die Hauptabteilung VIII. Eisenbahnbau und Nachweisung der Restbeträge von Krediten, für die noch Mittel vorzubehalten sind. Die Titel wurden angenommen.

Präsident Dr. Glockner berichtete über die Hauptabteilung I, Staatsministerium, und besprach auch die Frage des Staatszuschusses an das Hoftheater. Der Ausschuß sei der Meinung gewesen, daß auch die Stadt Karlsruhe einen Zuschuß zu den Kosten des Hoftheaters leisten könnte. Der Ausschuß war auch der Meinung, daß eine Prüfung vorgenommen werden sollte, wie die Zivilliste dauernd gebessert werden könnte. Dies könnte durch einen dauernden Staatszuschuß für das Hoftheater erfolgen oder durch Entlastung der Zivilliste von Ausgaben für Staatsaufgaben. Die Generalintendanz ist bereits aufgefordert worden, darüber Vorschläge zu machen. In dem Ausschuß ist ebenfalls die Frage der Revision der Militärkonvention erörtert worden, die für revisionsbedürftig erörtert wurde.

In der Aussprache erklärte Geh. Rat Dr. v. Oechelhäuser, es werde der Stadt Karlsruhe stets vorgeworfen, sie leiste zu wenig für die Kunst. Oberbürgermeister Siegrist wies darauf hin, daß sie ihr Konzerthaus für eine mäßige Miete zur Verfügung stelle. Auf diese Weise flösse der Generalintendanz jährlich etwa 50 000 M zu. Der Antrag auf einen jährlichen Zuschuß der Stadt an das Hoftheater ist von der Generalintendanz noch nicht gestellt worden. Wie Abg. Rebmann in der Zweiten Kammer ausgeführt hat, ist Mannheim hier mit Karlsruhe nicht zu vergleichen. Karlsruhe hat für künstlerische Zwecke große Aufwendungen gemacht. Hier sollte man einen gerechteren Maßstab anlegen. Allerdings wäre es erfreulich, wenn die Finanzen es Karlsruhe gestatten, wenn es einen dauernden Zuschuß an das Hoftheater leisten könnte. Damit bekäme die Stadt aber kein Recht, in den Betrieb des Hoftheaters zu sprechen, etwa durch eine Kommission. Der Plan der Gastspiele des Hoftheaters in anderen Städten ist zu begrüßen.

Präsident Dr. Glockner fuhr dann in seinem Berichte fort und erklärte, daß sich der Ausschuß auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Rechte der Krone bei der Ernennung der Minister gewahrt werden sollen. Das Register über die Kammerverhandlungen wird bis zum 1. April beendet sein. Der Berichterstatter besprach noch eine Reihe von Fragen, die im Ausschuß behandelt wurden so Steuerfragen und die Schaffung eines Arbeitsministeriums.

In der Aussprache verlangt Freiherr v. Mentzingen Auskunft des Finanzministers, wie er sich zu den Ausführungen des bayerschen Finanzministers über das Steuerwesen nach dem Kriege stelle.

Finanzminister Dr. Rheinboldt bestätigte die Stellung des bayerischen Finanzministers in den Steuerfragen. Der Mehrbedarf beträgt bis zum 1. April 9½ Millionen. Jeder Tag nach dem 1. April erhöht diesen Mehrbedarf. Die Deckung dieser Summen ist ernste Sorge der Regierungen. Alle Deckungsmöglichkeiten müssen bis zum äußersten Maße der Erträglichkeit ausgenützt werden. Daß die Kriegsanleihen gekürzt werden könnten ist ausgeschlossen. Eine angemessene Kriegsentschädigung muß von denen gefordert werden, die das große Unglück über die Welt gebracht haben.

Präsident Dr. Glockner berichtete weiter über den Voranschlag der Hauptabteilung II, Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen und zwar über Titel I, II und III und beantragte die Annahme der Titel.

In der Aussprache machte Geh. Kommerzienrat Engelhard Ausführungen über die Zuteilung von Heereslieferungen an das badische Handwerk und an die Industrie und über das Wirtschaftsleben in der Uebergangszeit.

Geh. Kommerzienrat Dr. Kölle gedachte der gesteigerten Tätigkeit der Handelskammern während des Krieges und verlangte bei einer Vergrößerung der Ersten Kammer eine Vermehrung der Sitze der Vertreter der Handelskammern.

Geh. Kommerzienrat Stromeier führte aus, daß Baden mit der Verteilung der Heeresaufträge zufrieden sein kann. Die Einrichtung eines Wirtschafts-Attachés bei der Gesandtschaft in Berlin ist zu begrüßen. In Baden ist durch meine Bemühungen eine Stillegung der Textilindustriebetriebe verhindert worden.

Geh. Kommerzienrat Engelhard bedauerte, daß Baden keine Sammlung von Modellen militärischer Bedarfsartikel hat.

Staatsminister Freiherr v. Bodman führte aus, daß die Regierung alle Bestrebungen unterstützt hat, die die Versorgung Badens mit Heereslieferungen bezweckten. Daß dies in zufriedenstellendem Maße erfolgt ist, ist ein Erfolg des Zusammenwirkens aller Faktoren. Durch die Tätigkeit des wirtschaftlichen Vertreters Badens in Berlin sind zahlreiche Stillegungen von Betrieben verhindert worden. Die Schaffung eines weiteren Bundesratsbevollmächtigten ist notwendig, namentlich für die Kriegs- und die Uebergangszeit. Seine Hauptaufgabe wird sein, daß er das Haupt ist für eine wirtschaftliche Organisation Badens und er wird lebhafte Beziehungen zu den Reichstagsabgeordneten Badens erhalten müssen. Für eine Modellsammlung habe ich mich bemüht und ich werde diese Bemühungen fortsetzen. Das Handelskammergesetz soll durchgesehen werden. Wie weit die stärkere Vertretung der Handelskammern sich durchführen läßt, steht noch dahin.

Die Titel wurden genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache. — Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Verordnung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken.

Im Reichsgesetzblatt erscheint soeben die Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken.

Par. 1 lautet: Die Auflassung eines Grundstücks, die Bestellung eines dinglichen Rechtes zum Genusse der Erzeugnisse eines Grundstückes, sowie jede Vereinbarung, welche den Genuß der Erzeugnisse oder die Verpflichtung zur Uebereignung eines Grundstücks zum Gegenstand hat, bedarf, wenn das Grundstück über fünf Hektar groß ist, zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Genehmigung kann auch unter Auflagen erteilt werden.

Nach Par. 2 ist die Genehmigung nicht erforderlich bei Rechtsgeschäften des Reichs eines Bundesstaats, einer Gemeinde oder eine: Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechtes oder einer vom Staate als gemeinnützig anerkanten Vereinigung, die sich mit innerer Kolonisation, Grundentschuldung oder Errichtung von Wohnungen befaßt; zwischen Ehegatten oder in gerader Linie untereinander verwandten oder verschwägerten Personen usw.

Nach Par. 3 darf die Genehmigung nur versagt werden, wenn durch die Grundstücksübertragung die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Volksernährung gefährdet erscheint; oder das zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmte Grundstück an jemanden überlassen wird, der die Landwirtschaft nicht im Hauptberuf ausübt oder früher ausgeübt hat; oder das Rechtsgeschäft zum Zwecke oder in Ausführung einer unwirtschaftlichen Zerschlagung des Grundstücks erfolgt; oder durch die Ausführung des Rechtsgeschäfts, die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebs durch Vereinigung mit einem anderen zu besorgen ist; oder die Uebereignung eines Grundstücks unter Ausnutzung der Notlage des Eigentümers zu unbilligen Bedingungen, insbesondere einem erheblich hinter dem Werte zurückbleibenden Preise, erfolgen soll.

Par. 4 behandelt die Eintragung im Grundbuch. Par. 54, Abs. 1 der Grundbuchordnung bleibt unberührt.

Par. 5 betrifft das Beschwerderecht.

Nach Par. 6 kann die zuständige Behörde dem Eigentümer oder Besitzer von lebendem oder totem Inventar, des zu einem landwirtschaftlichen Grundstück gehört oder sich auf ihm befindet die Veräußerung oder die Entfernung des Inventars oder einzelner Stücke von dem Grundstück untersagen, wenn hierdurch die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Volksernährung gefährdet werden würde. Beschwerde ist zulässig.

Par. 7 setzt die Strafen für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung fest. Diese werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bedroht.

In den einzelnen Bundesstaaten sind mit Rücksicht auf die verschiedene Lage der Verhältnisse die Landeszentralbehörden befugt, abweichende Bestimmungen über den Zeitpunkt des Inkrafttretens, die genehmigungspflichtige Grundstücksgröße usw. zu treffen. In Preußen tritt die Genehmigungspflicht bei Grundstücksübertragungen über fünf Hektar Größe am 18. März in Kraft. Zuständig zur Genehmigung ist der Landrat, in Stadtkreisen der Bürgermeister.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 19. März 1918.

= **Großherzogin Hilde** hat sich gestern zum Besuch des Königs und der Königin von Württemberg nach Stuttgart begeben und wird heute von dort wieder hierher zurückkehren.

= **Neue Höchstpreise für Schlachtvieh.** Bei der Beschaffung des Schlachtviehs für das Heer und die Bevölkerung haben sich seit einiger Zeit insofern Schwierigkeiten ergeben, als es zur Deckung des Bedarfs nötig war, auch auf lechtgewichtige, noch nicht ausgemästete oder vollfleischige Tiere zu greifen. Dies führte dazu, daß viele Viehhalter die Abgabe der Tiere verweigerten oder ihre Einreihung in eine höhere Wertklasse verlangten. Das Ministerium des Innern hat deshalb die früheren Bestimmungen dahin geändert, daß von jetzt ab beim Verkauf von Schlachtrindern durch den Viehhalter folgende Höchstpreise für 50 Kilogramm Lebendgewicht maßgebend sind: 1. Bei gering genährten Rindern einschließlich Fressern (Klasse C) 55 M; 2. bei angefleischten Ochsen, Kühen, Farren und Rindern jeden Alters auch Fressern (Klasse B) 80 M; 3. bei ausgemästeten oder vollfleischigen Ochsen, Farren, Rindern und Kühen jedes Alters (Klasse A) 90 M, und ausnahmsweise mit Zustimmung der zu beliefernden Stelle (Kommunalverband des Schlachtortes oder militärische Stelle) 95 M.

= **Die Berufsberatung der schulentlassenen Jugend.** Das Unterrichtsministerium hat durch einen Erlaß an die Schulbehörden folgendes angeordnet: Wo an einem Ort besondere Berufsberatungsstellen bestehen, sind die Schüler und Schülerinnen auf diese hinzuweisen, und es ist ihnen zu empfehlen, die für sie oder ihre Eltern weiter wünschenswerte Auskunft bei diesen einzuholen. Etwaige von den Berufsberatungsstellen ausgehende Merkblätter sind, wenn ihr Inhalt oder die Art ihrer Abfassung der Ortsschulbehörde — an den Volksschulen der Städteordnungsstädte den Volksschulrektoraten — keinen Anlaß zur Beanstandung bietet, unter die Schüler und Schülerinnen zu verteilen. Bestehen an einem Orte für die Knaben oder die Mädchen verschiedene Beratungsstellen, so ist diesen die gemeinsame Abfassung eines Merkblattes zu empfehlen.

= **Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur.** Auf den heute ½5 Uhr in den 4 Jahreszeiten stattfindenden Vereinsnachmittag mit Vortrag von Frau Lang-Kurz aus Stuttgart sei nochmals hingewiesen. Die kleine Ausstellung kunstgewerblicher Arbeiten verspricht viel Schönes, so daß auf zahlreichen Besuch zu rechnen ist

= **Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.** Auf die heute Abend ½8 Uhr im Festsaal des Hotels Friedrichshof stattfindende Vaterländische Feier wird hiermit nochmals hingewiesen. (s. gestr. Anzeige.).

Militärdienstnachrichten.

Reichert, K. S. Lt. d. Ref. a. D. (Karlsruhe), in d. Preuß. Armee als Lt. mit Patent vom 28. Juni 1917 bei d. Ref.-Offizieren d. Fußart.-Regts. Nr. 14 angestellt.

Befördert:

Harrer (Lörrach), Wuest (II) Mülhausen i. E., Oblts. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., zu Hauptleuten, Muser (Karlsruhe), Sanberger (Donaueschingen), Vizefeldwebel, zu Lts. d. Ref. d. Inf., Krause (Wilhelm), Vizefeldw. (Pforzheim), zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Hanner (Donaueschingen), Schenk (Offenburg), Vizefeldwebel, zu Lts. d. Landw.-Inf. 2. Aufgeb.;

Bosch, Vizefeldw. (Stockach), zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Mangler (Stockach), Vizefeldwebel, zum Lt. d. Landw.-Inf. 2. Aufgeb.;

zu Leutnants der Reserve: Vizefeldwebel Max (Bruchsal), d. Inf., die Vizewachtmeister: Elsasser (Karlsruhe), Dick (Heidelberg), d. Feldart.;

Römer (Pforzheim), Vizefeldwebel, zum Lt. d. Ref. d. Inf.

Letzte Drahtberichte.

Die belgischen Truppen.

WTB. London, 18. März. Der Londoner Berichterstatter des Reuterschen Büros bei der Armee in Frankreich telegraphiert: Amtlich wird mitgeteilt, daß die belgischen Truppen jetzt den früheren britischen Abschnitt an der Küste besetzt halten.

Gesunkener Dampfer.

WTB. Amsterdam, 18. März Der englische Dampfer „Amulet" (1018 B. R. T.) ist auf dem Wege von Rotterdam nach England gesunken.

Der Bau von englischen Handelsschiffen.

WTB. London, 18. März. „Daily Chronicle" meldet, daß der Leiter der Schiffsbaufabriken, Harland u. Wolff in Belfast, Lord Pirrie in London, zum Kontrolleur zum Bau von Handelsschiffen ernannt worden ist. Er wird der Admiralität unterstehen, aber im großen Umfange zum selbständigen Auftreten bevollmächtigt sein.

Kohlenmangel in England.

WTB. London, 18. März. Man erwartet, daß die Theater und Varietes künftig um ½10 Uhr werden schließen müssen, um Kohlen zu sparen.

Die ägyptische Baumwolle für England.

WTB. London, 18. März. (Amtlich.) Die britische und ägyptische Regierung haben gemeinsam beschlossen, die ägyptische Baumwollernte von 1918 zu erwerben. Eine Baumwollkontrollkommission ist ernannt worden, der Vertreter der Exporteure, Pflanzer und Banken beratend zur Seite stehen sollen. Die Kommission wird sowohl die nächste Baumwollernte, als auch den Rest der diesjährigen Ernte zu festen Preisen kaufen. Die Ernte wird nach Alexandrien abgeliefert. Eine Ausfuhrerlaubnis wird am 1. August außer von der für die Kommission verkauften Baumwolle nicht mehr erteilt werden. Alle bereits bewilligten Ausfuhrerlaubnisscheine außer, soweit es sich um im Hafen zurückgehaltene und vor dem 1. August verkaufte Baumwolle handelt, werden ungültig. Die Kommission wird ermächtigt, alle Baumwolle in Alexandrien bei ihren Eigentümern zu genau festgesetzten Preisbedingungen zu beschlagnahmen. Außerdem wird sie die Vollmacht haben, zu ermäßigten Bedingungen von den notwendigen Erleichterungen zum Pressen und Lagern der Baumwolle Gebrauch zu machen. Die Kommission wird die Baumwolle zu festen Preisen verkaufen und das Verzeichnis der Einkaufs- und Verkaufspreise veröffentlichen, sowie den hauptsächlichen für den Konsum in Frage kommenden Ländern Proben unterbreiten.

Eine geheimnisvolle Reise des Münchener Nuntius.

);(Berlin, 18. März. In der „Täglichen Rundschau" liest man: Der Münchener Nuntius Monsignore Pacelli ist nach Rom gereist. Vielleicht vernehmen wir demnächst aus Le Havre, was der Grund dieser Reise in dem so entscheidenden Augenblick war.

Gegen Clemenceau.

)(Berlin, 18. März. Aus Genf meldet das „Berliner Tageblatt": Die gegen das Kabinett Clemenceau gerichtete, von der republikanischen Aktionsliga geführte Bewegung, gewinnt an Umfang. Die Zeitung „Cays" weise auf ihre wachsende Bedeutung hin.

Irland.

WTB. London, 18. März. (Reuter). Der neue Führer der Nationalisten hat am 16. März in Juniskillen in seiner ersten Erklärung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es Zeit sei, daß die irische Konvention zur Regelung der irischen Frage ihre Arbeiten aufnehme. Wenn sie sich nicht einigen, werde die irische Frage bald einen größeren Umfang als je annehmen. Er riet den Sinn Feinern, die eine irische Republik gründen wollen, dringend, die Mission aufzugeben, und sich mit ihren Landsleuten auf die Forderung nach Homerule zu einigen, die sie jetzt durchsetzen könnten.

Rumänien.

() Berlin, 19. März. Laut Berliner Morgenblätter drahtet der Bukarester Vertreter der „Kölnischen Zeitung", Marghiloman möchte offenbar zugleich mit dem Friedensschluß auch die Dynastie retten. Seine Stellungnahme werde zu sehr ernsten und schweren inneren Kämpfen entfesseln.

Spanien.

WTB. Madrid, 18. März (Meldung der Agence Havas.) Der Ministerrat hielt gestern eine Sitzung ab. In der Kammer, die vorübergehend zusammentreten wird, erklärte Ministerpräsident Garcia Prieto, die Regierung sei entschlossen die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Amerika und Japan.

)(Berlin, 18. März. Nach Newyorker Telegrammen einzelner Pariser Zeitungen ist der „Vossischen Zeitung" zufolge, die Note des Präsidenten Wilson an den Kongreß fertiggestellt. Er erklärte: Die Vereinigten Staaten können eine Aktion der Japaner in Sibirien nicht zulassen.

Amerikanische Kriegshetzer.

WTB. Newyork, 18. März. Die „Newyork Times" berichtet, daß die Arbeiterschaft von Newyork entschieden für Hilsons Programm „Kein Friede ohne Sieg" eintritt. Der Vorschlag, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten sollten eine Bewegung für Beendigung des Krieges unterstützen, wurde mit tosenden Protestrufen niedergebrüllt. W. A. Appleton und Josua Butterworth, Mitglieder der britischen Kriegskommission in den Vereinigten Staaten, waren Gäste der Versammlung und sprachen über englische Arbeiterprobleme. Man beschloß, die englischen Gewerkschaften wissen zu lassen, daß es Amerikas ernster und aufrichtiger Entschluß sei, den Krieg mit allen Kräften fortzusetzen, damit er für immer eine Bürgschaft für die Demokratie aller Völker bedeute. Man sei entschlossen, daß es keinen vorzeitigen Frieden geben solle. Die organisierten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten halten von Grund auf zu dem Grundsatz eines siegreichen Krieges gegen die Autokratie, wie sie von den Zentralstaaten Europas repräsentiert wird.

Bunte Chronik.

× **Der Krieg und die Kinderspiele.** Der Einfluß des Krieges auf die Kinderpsychologie hat in allen Ländern großes Interesse erweckt, und überall war man bemüht, durch Rundfragen über die neuen Spiele der Kinder und durch ähnliche Studien Erfahrungen zu sammeln und womöglich allgemein gültige Feststellungen zu machen. Die Studien dieser Art bilden heute bereits eine eigene, umfangreiche Literatur, bei uns, bei unseren Gegnern und selbst im neutralen Ausland hat man sich lebhaft mit dieser Frage beschäftigt, die ja ein wichtiges Kapitel der Psychologie überhaupt darstellt. In Frankreich hat sich die „Freie Gesellschaft für das Studium der Psychologie des Kindes" dieser Aufgabe gewidmet, und jetzt folgte auch Italien dem Beispiel, wo der Professor Agostino Gemelli entsprechendes Material sammelte, um seine hierauf beruhenden Ansichten nunmehr in der Zeitschrift „Vita e Pensiero" zu veröffentlichen. „Der Krieg," so erklärt er, „hat auf die Einbildungskraft des Kindes im allgemeinen ziemlich wenig Einfluß genommen. Im Gegensatz zum Erwachsenen, den der Krieg schon infolge des auf ihn ausgeübten Zwanges mehr oder weniger leidenschaftlich in Anspruch nimmt, ist das Kind erfahrungsgemäß schnell der Kriegsneuheiten überdrüssig geworden, um sich wieder seinen alten Gewohnheiten und Spielen zuzuwenden. Das Kind kommt allerdings auch jetzt noch häufig in die Lage, sich das, was es durch Erzählungen, durch Bilder oder durch Schriften über militärische Ereignisse erfahren hat, in seinen Spielen sinnfällig zu machen. Aber aus sich heraus zeigt es höchst selten den Wunsch, mit eigener Phantasie Kämpfe oder dergleichen darzustellen. Auch vor dem Kriege haben die Kinder „Soldat" gespielt, und ich kann nicht finden, daß sie es heute mit größerer Leidenschaft oder mit irgend einem Drang zu phantastischen Neuerungen tun. Verändert haben sich im Grunde nur unwesentliche Aeußerlichkeiten. Der Wortschatz der Kinder wurde beim Spielen durch einige im Krieg volkstümlich gewordene Ausdrücke und wohl auch durch die Namen einzelner Heerführer bereichert. Als Neuheit ist bei den kleinen Mädchen das Krankenschwester-Spielen zu beachten; aber es ist nur scheinbar neu, denn der Psychologe kann feststellen, daß es nur eine Umformung des mütterlichen Instinktes ist, der das Kind die gewöhnliche Puppe durch einen „Verwundeten" ersetzen läßt. Sehr oft begnügen sich die Kinder aber auch bloß damit, Abzeichen des Roten Kreuzes anzulegen, das Spiel aber bleibt in Wirklichkeit das alte, sodaß man auch in diesem Fall sagen kann, der Krieg habe auf die Psychologie des Kindes, die sich am besten im Spiele kundtut, keinerlei entscheidenden Einfluß ausgeübt."

Wolkenbrüche in Südafrika.

WTB. Kapstadt, 18. März. (Reuter) Ueber das gesamte Gebiet des Karu sind wieder Wolkenbrüche nieder gegangen. Sie haben vielen Schaden an den Eisenbahnen und dem Eigentum verursacht. Menschenleben sind nicht verloren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fett-Verteilung.

In den Fettverkaufsstellen wird an folgenden Tagen Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) an die eingetragenen Kunden abgegeben. Kopfmenge 125 Gramm, gegen die Fettmarken 82 C.

1. **Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis einschl. 50**
Dienstag, den 19. bis einschl. Donnerstag, 23. März 1918.

2. **Fettverkaufsstellen Nr. 51 bis einschl. 100**
Donnerstag, den 21. bis einschl. Samstag, 23. März 1918

3. **Fettverkaufsstellen Nr. 101 bis einschl. 200**
Samstag, den 23. bis einschl. Dienstag, den 26. März 1918.

4. **Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis einschl. 291**
Mittwoch, den 27. bis einschl. Samstag, den 30. März 1918.

Krankenzusatz- und F-Marken werden in den bekannten Stellen eingelöst.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden.

Frist für die Abrechnung: **je 4 Tage** nach Ablauf der Verkaufstage.

Karlsruhe, den 13. März 1918. D 59

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Für **Säuglinge und Kleinkinder** werden fortwährend gute Pflegestellen in hiesiger Stadt gesucht. Anmeldungen sind an das städtische **Jugendamt** Karlsruhe (Rathaus Zimmer 130) zu richten.

Karlsruhe, den 2. März 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Zeichnungen
auf die
Kriegsanleihe
Anträge auf
Kriegsanleihe-Versicherung
nimmt gebührenfrei unmittelbar oder durch ihre Vertreter entgegen
Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.
Versicherungsbestand: 800 Millionen Mark.
Kriegsversicherung
mit sofortiger Vollzahlung im Kriegssterbefall.
1284

Städt. Konzerthaus
Karfreitag, 29. März 1918, nachm. 1/24 Uhr
ELIAS
ein Oratorium nach den Worten des Alten Testaments
von **Felix Mendelssohn-Bartholdy.**

Solisten: Hildegard Groskopf-Schumacher (Sopran), Lisl Pfeifer (Alt), Gunnar Graarud (Tenor), Otto Weßbecher (Bariton); außerdem ein **2. Quartett:** Frida Lange, Klara Hurst, Otto Eichrodt, Jos. Melamet.
Chor des Munzschen Konservatoriums unter freundlicher Mitwirkung eingeladener Damen und Herren.
Orchester: die Lehrkräfte des Munzschen Konservatoriums und Mitglieder der Hofkapelle.
Orgel: Bruno Stürmer.

Leitung: Direktor **Theodor Munz.**

Karten zu 3.20, 2.20, 1.50 Mk. im Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung **Doert**, Ecke Kaiser- und Ritterstraße, und Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und am Eingang des Konzerthauses. 1339

Meiler-Holzkohle
lose verladen in Waggonladungen von ca. 5000 Kilo sofort lieferbar abzugeben.
Kavon-Werke, Dresden
Eisenstuckstraße 2. 8046

Eisenwaren.
Für meine **Eisenwarengrosshandlung suche** ich aufs Frühjahr
mehrere branchekundige jüngere Herren
und sehe gefl. Angeboten entgegen. 8044
Carl Abt, Ulm a. D.

Statt Karten!

Zeige hiermit an, daß die
Frühjahrs-Neuheiten
eingetroffen sind und lade zur BESICHTIGUNG derselben höflichst ein. 1340

Inhaberinnen:
Maria Specht *Paula und Johanna Specht*
Spezialgeschäft für feinen Damenputz
Kaiserstraße 15 *Durlacher Tor.*

Preußische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft
Berlin W. 8, Mohrenstraße 62.
Den besten Weg Kriegsanleihe zu zeichnen
bietet die 12027
Kriegsanleiheversicherung
Keine Einzahlung außer der Versicherungsprämie :: Keine Wartezeit
Keine ärztliche Untersuchung :: Garantiert fallende Prämie
Aushändigung der Anleihestücke sofort beim Tode — ganz gleich wieviel Prämien gezahlt sind — **spätestens nach 12 Jahren**
Nähere Auskunft durch die **Generalagentur Mannheim** D I, 7/8 Hansahaus.

Die Münchner „Jugend"
die vornehme farbig illustrierte Wochenschrift für Kunst und Humor, hat auch während des Krieges ihren Freundeskreis erheblich erweitert. In über 110000 Exemplaren kommt jede Nummer zur Versendung und ein nicht geringer Teil geht davon ins Feld, wo die Nummer von Hand zu Hand wandert und wo ihre farbigen Kunstdrucke schließlich noch zur Austapezierung der Unterstände verwendet werden. Ihren Angehörigen im Felde können Sie somit keine größere Freude bereiten, als ihnen die Münchner „Jugend" beim Feldpostamt einweisen zu lassen. Ihnen selbst liefern wir aber gern
umsonst
eine Probenummer,
wenn Sie sich vom Inhalte unserer Wochenschrift überzeugen wollen. Vom 1. Januar 1918 ab gelten folgende Preise:

Vierteljahrespreis (Januar bis März) ..... Mk. 7.50
Bezug durch die Feldpost ..... Mk. 7.80
Preis der einzelnen Nummer ..... Mk. -.70

Bei Einsendung des Betrages und der genauen Feldadresse übernimmt auch der Verlag die Einweisung beim Feldpostamt. Auch jede Buch-, Kunst- und Zeitschriftenhandlung nimmt Bestellungen auf die „Jugend" an.

München, Lessingstr. 1 Verlag der „Jugend".

Kaffee Odeon.
Erstes u. größtes Familien-Kaffee der Residenz.
650 Sitzplätze.
1316

Nachmittagstee.
:: Eigene :: Konditorei.
Tonkünstler-Konzerte.
Billardakademie.
Herm. Borchers
früh. Besitzer vom
Kaffee Museum.

Ein Mitstreiter für Deutschlands Macht und deutsche Freiheit drinnen und draußen!
Deutscher Kurier
Inhaltreichstes Abendblatt der Reichshauptstadt
Wertvolle Beilagen:
Werke und Menschen / Eine Wochenschrift für deutsches Geistesleben.
Die Frau / Herausgegeben vom Propaganda-Ausschuß der Frauen der Nationallib. Partei.
Niederdeutscher Kurier / Für Volks- u. Stammestum der Niederlande an Nord- und Ostsee.
Ritte durchs Leben / Wöchentl. Unterh.-Beilage.
Monatl. Bezugspreis 1,30 M. / Erscheint 7mal wöchentl.

Großherzogl. Hoftheater. 2052
Dienstag, den 19. März, B 44 (gelbe Karten):
Die gefährlichen Jahre.
Lustspiel in 3 Akten von Joh. Wiegand und Georg Ruseler.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Von **D. theol. und phil.**
Pfarrer Adolf Bolliger, Zürich-Neumünster
dem rühmlichst bekannten Verfasser der **„Tatsachen"** und **„Deutschlands Recht"** erscheint soeben in zweiter Auflage eine Schrift über
Weltkrieg und Gottesreich.
Wahrheit und Klarheit atmet die Schrift und einen heiligen Zorn auch über die Lauen, die in Weltenwenden und Schicksalsstunden nicht den sittlichen Mut finden können, sich zu Kultur und Blut der **deutschen Stammesgenossen** zu bekennen. Ueber die Zentralmächte und ihr Kriegsziel, sowie über den Weltkrieg als eine gewaltige Offenbarung des Gottesreiches, hat Pfarrer D. Bolliger Worte von Kraft und Empfindungen, von unendlicher Tiefe gefunden.
Das in neuer Auflage erschienene, 240 Seiten starke Buch ist von uns zum Preise von M. 1.80 zu beziehen.
Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung
G. m. b. H.
Karlsruhe, Hirschstraße 9. Telephon 400.

Soldatenportraits
hkünstlerischer, naturgetreuer Ausführung auf Velourpap ier Brustbilder, ganze Figur, Reiterbilder, lieferbar für alle Truppengattungen der deutscheu und österr.-ungar. Wehrmacht, mit allen Abzeichen, Orden u. Ehrenzeichen. Parade-Uniformen u. Feldgrau.
Gute Existenz für Kriegsverletzte u. Aktive für Laden u. Schaukastenbesitzer vorzügl. Nebenartikel.
Gefl. Anfragen sind zu richten an: 15015
„MONTURA"
Aktiengesellschaft für graphische Kunst.
Berlin SW. 47 — Yorckstrasse 11 — Fernsprecher Nollendorf 2969.

Städt. Arbeitsamt
Gesuch
werden
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, II. Stock.

Die Städt. Brockensammlung
Baumeisterstr. 32
— Hinterhaus —
nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel ꝛc. entgegen.
C 1

Jäger.
Erstklassiges **Drillinggewehr**, hahnlos, Anson u. Deley, Elektro-Stahlläufe, Kal. 16, 16, 9,3 × 72, sowie neue **Doppelbüchse**, Hähnels Patent-Sicherheitsgewehr, Kal. 11 mm, preiswert bei 7018
Büchsenmacher **Ernst Voigt**, Schillerstr. 43, b. d. Bonif.-Kirche.

Straßen- u. Fabrik-
Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle i. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Darlehen
gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz Hamburg 24.** 150